

Sozialismus.de

Heft 11-2025 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Joshua Seger/Moritz Müller:
Die IG Metall in der Polykrise
Heiko Glawe: Das Gespenst
Ausbildungsabgabe

Beiträge u.a. von
Cornelia Hildebrandt, Dagmar
Fitz, Joachim Rock, Wolfgang
Müller, Claus-Jürgen Göpfert,
Christoph Lieber, Bernhard
Sauer, Joachim Bischoff



**Forum
Gewerkschaften**



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website
www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend
Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**.
Beides ist auf der Website möglich.
Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Andrej Babiš will das Land regieren

Infolge der Parlamentswahlen vom 3./4. Oktober wird das bislang liberale Tschechien deutlich nach rechts schwenken. Die Partei des Unternehmers Andrej Babiš gewann die Wahl. Dieser dürfte erneut – wie schon in den Jahren 2017 und 2021 – Ministerpräsident werden. [...]

»Physik gilt auch für Idioten« (Harald Lesch)

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung bestritt US-Präsident Donald Trump die Existenz des menschengemachten Klimawandels. Er bezeichnete ihn als »größten Betrug, der jemals an der Welt begangen wurde« und sprach von einem »grünen Schwindel«. [...]

Aufschwung Fehlanzeige

DIW (Berlin), Ifo (München), IWH (Halle/Saale), IfW (Kiel) und RWI (Essen) rechnen im Herbstgutachten nicht mit einer nachhaltigen Erholung der deutschen Wirtschaft. Für 2025 wird nur ein Mini-Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2% erwartet, für die kommenden beiden Jahre ein Anstieg um 1,3% bzw. 1,4%. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Die Lage im Land

Joachim Rock:
Sozialstaat ohne Haltelinien? 2

Bernhard Müller:
Abschaffung des Bürgergeldes – Vertiefung der sozialen Spaltung 5

Cornelia Hildebrandt:
Deutschland auf dem Weg zur Aufrüstung und DIE LINKE 10

»Peacemaker«, Pomp, Rote Teppiche und eine neue Weltordnung

Joachim Bischoff: Donald Trump: Macht zum Durchregieren?
Eine Zwischenbilanz 15

Friedrich Steinfeld: Waffenstillstand in Gaza!?
Der Nahe Osten auf dem Weg zum »ewigen Frieden«? 23

Bernhard Sander: Ein roter Teppich für Marine Le Pen?
Die 5. Republik in Frankreich geht dem Ende entgegen 28

Wolfgang Müller: Shanghai Coordination Organisation
Neue multipolare Weltordnung? Die Außenpolitik der Volksrepublik China 33

Forum Gewerkschaften

Joshua Seger/Moritz Müller: Gegenmacht im Klassenstaat
Über die Herausforderungen für die IG Metall in der Polykrise
und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit 38

Heiko Glawe: »Ein Gespenst geht um in Berlin,
das Gespenst der Ausbildungsumlage« 44

Kippunkte der Parteiendemokratie

Christoph Lieber: Fluchtpunkt Mitte
Lösung oder (Demokratie)Krise ohne Alternative? 50

Erinnerungskultur: Aus der Geschichte gelernt?

Claus-Jürgen Göpfert: »Die Orte sind der bleibende Beweis für die Verbrechen«
Generationenwechsel in der Erinnerungsarbeit 57

Bernhard Sauer:
Hätte der Erste Weltkrieg verhindert werden können? 60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 49

Veranstaltungen & Tipps 64

Dagmar Fitz: Klara (Filmkritik) 65

Supplement

Michael Brie
DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei
Plädoyer in der strategischen Diskussion

Sozialstaat ohne Haltelinien?

von ■ Joachim Rock



Foto: Sozialismus.de-Archiv (KI generiert)

Als Ergebnis einer Nachtsitzung veröffentlichte der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD am 9. Oktober Eckpunkte für die nächsten Vorhaben. Sie enthielten auch eine Einigung auf zentrale Elemente einer »neuen Grundsicherung«, die an Stelle des Bürgergeldes treten soll. Während entgegen vieler Erwartungen der erste versäumte Termin beim Jobcenter folgenlos bleiben soll, soll künftig schon beim zweiten Terminversäumnis eine Kürzung der Geldleistungen um 30% erfolgen. Auf das dritte Terminversäumnis folgt der komplette Entzug der Geldzahlungen. Wird der Leistungsberechtigte auch im darauffolgenden Monat nicht vorstellig, werden alle Leistungen einschließlich der Übernahme von Kosten der Unterkunft und

Heizung sowie der Krankenversicherung eingestellt.

Wer sich in der Situation in der Annahme wiegt, dass das Bundesverfassungsgericht hier einschreiten wird, liegt vermutlich falsch und verkennt, dass drastische Leistungsverweigerungen bis hin zum Verlust aller Leistungen schon jetzt zum Instrumentenkasten der Sozialleistungsträger gehören. Die Rechtsgrundlage dafür findet sich außerhalb der Grundsicherung. In § 66 SGB I ist geregelt, dass »der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen« kann. Das Bundesverfassungsgericht hat auch in seinem Urteil zur Verfassungswidrigkeit bestimm-

ter Sanktionen ausdrücklich bestätigt, dass bei fehlender Mitwirkung unter bestimmten Umständen ein »vollständiger Leistungsentzug zu rechtfertigen« sei, weil davon ausgegangen werden könne, dass die Person nicht bedürftig sei.

Droht der Fall ins Bodenlose?

Der ehemalige Präsident des Bundessozialgerichts, Prof. Dr. Rainer Schlegel, dessen Empfehlungen in der CDU großen Rückhalt finden, schlägt deshalb in einem aktuellen Gutachten vor, diese Praxis auszubauen. So solle etwa u.a. unter bestimmten Umständen von mangelnder Bedürftigkeit ausgegangen werden können, wenn u.a. »die Person [...] 3.) in ihrem Verhalten oder Auftreten

bei Vorstellungsgesprächen nach Wahrnehmung des potenziellen Arbeitgebers auf eine fehlende Bereitschaft zur ernsthaften Arbeitsuche schließen lässt, 4.) im Vorstellungsgespräch unrealistische, insbesondere überzogene Arbeitsbedingungen und Entgeltvorstellungen äußert. [...] Die regelmäßige Rechtsfolge sollte jedenfalls bei Einpersonen-Bedarfsgemeinschaften (Singles) nach der zweiten Arbeitsverweigerung der völlige Entzug der SGB II-Leistungen sein«.¹ Von der Politik fordert Schlegel, die Grenzen der Verfassung auszutesten: »Der Gesetzgeber darf sich nicht hinter dem Bundesverfassungsgericht verstecken«, heißt es im Gutachten.

Wenn künftig ein potenzieller Arbeitgeber die Arbeitsbereitschaft von Bewerbenden beurteilen und damit über Unterstützung und Mietkostenübernahme der Bewerbenden mitentscheiden könnte, wäre das letzte Sicherungsnetz des Sozialstaates Geschichte. Den Menschen droht der Fall ins Bodenlose, wenn sie nicht jede derart »zumutbare« Tätigkeit willfährig übernehmen. Damit können »Spaltungslinien zwischen Beschäftigten [...] von Unternehmen gezielt als Hebel genutzt werden, um [...] das Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit weiter zu vertiefen«.² Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht in letzter Instanz solche Vermutungen für verfassungswidrig erklären würde, kann der Marsch durch die (sozial)gerichtlichen Instanzen leicht fünf Jahre dauern. Wir

erinnern: Die 2019 für verfassungswidrig erklärten Sanktionen wurden teilweise bereits 2006 beschlossen.

Aber welche Gruppen adressieren die neuen Drohungs- und Drangsalierungsinstrumente der Koalition? Nach den aktuellsten Zahlen³ vom Juni 2025 waren 5,4 Millionen Menschen auf die Leistungen angewiesen. Unter ihnen waren 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche. Als erwerbsfähig im Alter zwischen 15 und 66 Jahren galten 3,9 Millionen Menschen. Von ihnen sind mehr als die Hälfte bereits als Aufstockende erwerbstätig oder befinden sich in Aus- oder Weiterbildung, Integrationskursen oder stehen wegen der Erziehung oder Pflege von Angehörigen nicht zur Verfügung. Nur 1,8 Millionen der 5,4 Millionen Beziehenden gilt als erwerbsfähig und arbeitslos, gerade einmal ein Drittel. Von ihnen verfügen nur knapp eine halbe Million Menschen über einen Berufsabschluss, 140.000 Akademiker kommen hinzu. Fast 1,2 Millionen Menschen haben keinen Berufsabschluss. Den 1,2 Millionen nur für Helferstellen qualifizierten Menschen stehen im September nur 120.000 entsprechende Stellen zur Verfügung. 927.000 Hilfeberechtigte sind langzeitarbeitslos, bei 727.000 davon kommt mindestens ein zusätzliches Vermittlungshemmnis dazu, etwa ein hohes Alter oder körperliche Einschränkungen. Die Bundesagentur selbst geht davon aus, dass nur 232.000 Menschen

vergleichsweise schnell eine Arbeit aufnehmen könnten, und da sind fehlende Deutschkenntnisse mitgezählt, weil die nicht als Hemmnis im Sinne der Statistik zählen.

Härte um jeden Preis

Vor dem Hintergrund kann es auch nicht verwundern, dass von den durch Bundeskanzler Merz geforderten Milliarden einsparungen nahezu nichts realisiert werden kann. Der sich derzeit in der Ressortabstimmung befindende Entwurf einer neuen Grundsicherung geht für 2026 und 2027 mit allen Kürzungen und Härte von Einsparungen im Umfang von 86 bzw. 69 Millionen Euro aus. Die negativen Folgen für die Be-

Dr. Joachim Rock ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. Von ihm erscheint demnächst im VSA: Verlag »Armut? Abschaffen!«. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder. Zuletzt schrieb er in Heft 6-2025 zu »Wachsende Ungleichheit, ärmere Arme und schwindende Perspektiven«.

¹ Schlegel, Rainer (2025): Grundsicherung für Arbeitsuche. Handlungsspielräume des Gesetzgebers im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum sozio-kulturellen Existenzminimum und zu Sanktionen bei fehlender Mitwirkung; files.insm.de/uploads/2025/10/INSM_Gutachten_Schlegel_Grundsicherung-25-10-15-1.pdf, Rn. 37-29 (18.10.2025).

² Mayer-Ahuja, Nicole (2025): Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet und wie es anders gehen kann. München, S. 45.

³ Preuß, Roland (2025): Und jetzt schnell ab in die Jobs? In: Süddeutsche Zeitung vom 11./12. Oktober 2025, S. 6.

VSA: Armut? Abschaffen!

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!

Wege zur Überwindung von Ausgrenzung
in einem reichen Land
Fakten, Hintergründe, Vorschläge
Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-96488-249-3

Armut ist mitten unter uns, sie wächst und die Armen werden immer ärmer. In einem der reichsten Länder der Welt ist sie für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Um das zu ändern, müssen die Fakten ungeschminkt auf den Tisch.

rechtigten werden zur bitteren Realität, die behaupteten Einsparungen erweisen sich als illusionär. Das allerdings ficht die Koalitionäre nicht an, denn im Vordergrund steht die Absicht, demonstrativ Härte zu zeigen und auf die Beschäftigten insgesamt Druck zur Annahme auch schlecht entlohnter Beschäftigung zu machen, koste es, was es wolle. Dass die Bundesregierung bereit ist, für Leistungssenkungen bei den Betroffenen auch Mehrausgaben hinzunehmen, zeigte sich schon beim betriebenen Rechtskreiswechsel für Geflüchtete aus der Ukraine: Hier erkaufte sich die Regierung Leistungsabsenkungen für die Betroffenen mit Mehrausgaben von 60 Millionen Euro 2026 und 20 Millionen Euro 2027, höhere Gesundheits- und Pflegekosten und schlechtere Vermittlungschancen noch gar nicht berücksichtigt.

Die Lust an der Zerstörung trifft den Sozialstaat

Dass die grassierende »Zerstörungslust« (Amlinger/Nachtwey) längst auf alle sozialstaatlichen Handlungsfelder gerichtet ist, ist offenbar. Von der Reduzierung der Krankenversicherungsleistungen mit einem Krankenversicherungs-Basistarif über die Streichung der Leistungen im Pflegegrad 1, von der Absenkung des Rentenniveaus über Karenzzeiten in der Pflege: nicht einzelne behauptete Missstände, sondern der Sozialstaat selbst ist das Ziel der orchestrierten Angriffe.

Die für die neue Grundsicherung in Rede stehende Streichung der 2020 durch CDU, CSU und SPD eingeführten Karenzzeiten für Erspartes (bisher dürfen Berechtigte im ersten Bezugsjahr bis zu 40.000 Euro Vermögen besitzen, ohne ihren Anspruch zu gefährden) und die geplante Deckelung der Mietkostenübernahme auch bei neu im Bezug befindlichen Personen treffen die große Mehrheit der Grundsicherungsberechtigten nicht. Sie können von Vermögen oder zu großen Wohnungen regelmäßig nur träumen. Diese Verschärfungen richten sich mit voller Wucht gegen Menschen, die nach langer Erwerbstätigkeit in der Krise von Entlassungen betroffen sind. Sie trennt dann regelmäßig nur ein Jahr des Arbeitslosengeldbe-

zuges vom Verlust ihres Vermögens oder gar ihrer Wohnung.

Fortschreitende Marginalisierung: Armut ohne Ausweg

Wie stark die Grundsicherung schon jetzt nicht vor Armut schützt, sondern sie fort- und festschreibt, hat Andreas Aust jüngst in einer eindrücklichen Studie für den Paritätischen herausgearbeitet. Zu den Erkenntnissen der Studie gehört, dass das Bürgergeld eines bspw. Einpersonenhaushalts schon jetzt mehrere hundert Euro im Monat unterhalb der Armutsschwelle liegt: »2023 lag der durchschnittliche Bedarf bei 907 € monatlich, während die Armutsschwelle bei 1.381 € lag – eine Lücke von 474 €. Diese »Armutslücke« ist seit 2010 kontinuierlich gewachsen.« Die Untersuchung zeigt auch, dass die »Leistungen der Grundsicherung trotz nominaler Anpassungen seit Jahrzehnten auf einem real stagnierenden Niveau verharren. Kaufkraftbereinigt leben Bürgergeldbeziehende heute auf demselben Stand wie Mitte der 1990er-Jahre. Während die Einkommen anderer Haushalte im Durchschnitt um 30% gestiegen sind, sind Bürgergeldbeziehende vom allgemeinen Wohlstandszuwachs abgekoppelt. Auch die deutlichen Anhebungen der Jahre 2023 und 2024 (über 10% pro Jahr) wirken lediglich als Kompensation massiver Kaufkraftverluste durch die Inflation, nicht aber als strukturelle Verbesserung. Die Kaufkraftverluste belaufen sich in der Gesamtsumme bei einem Singlehaushalt auf bis zu 1.012 Euro. Die vergangenen Anpassungen des Bürgergeldes haben diese Kaufkraftverluste nicht ausgeglichen, sondern nur teilweise kompensiert. Durch die gesetzlich bedingten Null-Runden 2025 und 2026 wird sich die soziale Lage voraussichtlich erneut verschlechtern.«⁴ Die Zementierung von Klassenlagen und sozialen Spaltungen bereitet den Weg für fortschreitende politische Spaltungen. Lohnarbeitende gerade auch in prekären Beschäftigungsverhältnissen setzen verstärkt auf soziale Distinktion, bis weit in die Mittelschicht hinein grasieren Abstiegsängste und Statuspanik. Und ganz unten kreisen die Marginalisierten in einem Teufelskreis: »Wer

keine Erwartungen mehr an das Leben stellt, denkt auch nicht darüber nach, wie ein anderes Leben aussehen könnte. Und so bleibt vieles, wie es ist – weil der Glaube fehlt, dass Veränderung überhaupt möglich wäre.«⁵

Die DGB-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi stellte im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland am 11. Oktober⁶ fest, dass derzeit »mit einer neoliberalen Marktpolitik, die die hart erarbeiteten Sozialleistungen der Beschäftigten attackiert und gleichzeitig von ihnen erwartet, dass sie mehr arbeiten und sollen und sich im Zweifelsfall damit abfinden, dass sie ihren Job verlieren« gesellschaftliche Zerwürfnisse und ein gesellschaftlicher Großkonflikt heraufbeschworen werden könnten. Mit der anhaltenden Diskreditierung von Leistungsberechtigten und dem fortwährenden Schüren von Verunsicherung der Bevölkerung hinsichtlich der Sicherheit ihrer bestehenden Leistungsansprüche bis hin zu den existenzsichernden Leistungen haben maßgebliche Teile der Regierung in den vergangenen Monaten dazu beigetragen, diesen Konflikt zu nähren. Einmal mehr droht die rechtsextreme AfD davon zu profitieren. Der Bundesregierung bleibt nur noch wenig Zeit, um die drohenden und verstärkten Spaltungen nicht in Gesetzesform gerinnen zu lassen. Immerhin: Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände zeigen eine neue Geschlossenheit und Bereitschaft, sich dagegen gemeinsam zur Wehr zu setzen. Der »Herbst der Reformen« kann ein heißer Herbst werden.

⁴ Aust, Andreas (2025): Bürgergeld im Realitätstest: Materielle Entbehrung und wachsende Armutslücke. Expertise der Paritätischen Forschungsstelle. Berlin.

⁵ Wimmer, Christopher (2025): Leben ganz unten. Perspektiven vom Rand der Gesellschaft. Köln, S. 14.

⁶ »Wir steuern auf einen gesellschaftlichen Großkonflikt zu«. Quelle: RND; www.rnd.de/politik/politik-extern/dgb-chefin-fahimi-warnt-vor-gesellschaftlichen-konflikten-und-droht-mit-streiks-4Z5XMZWVCFGKJFQB4S-LEY4PR4.html (18.10.2025).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

